



Öffentliche Anhörung

Bundestagsausschuss Menschenrechte und Humanitäre Hilfe am 28.02.2007 in Berlin

Zum „Bericht der Bundesregierung zur Humanitären Hilfe 2002-2005“

1. Veränderte Rahmenbedingungen der humanitären Hilfe

In den vergangenen Jahren haben sich die Rahmenbedingungen für humanitäre Hilfe deutlich verändert. Nicht erst seit dem jüngsten UN-Klimabericht wissen wir, dass die Zahl an Naturkatastrophen weltweit zugenommen hat und in den kommenden Jahren weiter steigen wird. Hierbei handelt es sich zumeist nicht um jene Katastrophen, die ein starkes Medieninteresse hervorrufen, sondern um so genannte schleichende Katastrophen (anhaltende Dürren, regelmäßig wiederkehrende Überschwemmungen oder Erdbeben, Stürme usw.). Von den Folgen an Leib und Leben sind die Menschen in armen Entwicklungsländern weitaus stärker betroffen als Menschen in reichen Industrieländern. Ihre Lebensgrundlagen werden auf lange Sicht zerstört. In vielen dieser Gesellschaften haben die Widerstandskräfte der Bevölkerung abgenommen; selbst kleinere externe Schocks führen zum Verlust der Überlebensfähigkeit. Zusammenfassend stellen wir fest: der Bedarf für humanitäre Hilfe wird in Zukunft weiter zunehmen.

Parallel zu dieser Entwicklung sehen wir uns seit dem 11. September 2001 verstärkt damit konfrontiert, dass die humanitäre Hilfe zunehmend für andere Zwecke instrumentalisiert wird (Stichwort: sicherheitspolitische Agenda des Global War on Terror) und die humanitären Helfer nicht mehr als unantastbar gelten. Ungeachtet einer völlig neutralen Haltung und Arbeitsweise von Hilfsorganisationen werden humanitäre Akteure in manchen islamisch geprägten Ländern (z.B. in Afghanistan, Irak oder Somalia) inzwischen als Repräsentanten westlicher Dominanz wahrgenommen und zunehmend abgelehnt. Dies verschärft die Sicherheitsprobleme für nationale und internationale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Stichwort „Irakisierung Afghanistans“).

Schließlich sind in den letzten Jahren vermehrt neue Akteure in der humanitären Hilfe tätig geworden, die mit den humanitären Prinzipien nicht immer vertraut sind. Dies sind z.B. private Firmen, missionarisch agierende Sekten (Scientology), aber auch militärische Kräfte.

2. Prinzipien der humanitären Hilfe und warum sie so wichtig sind

Der Bericht hebt die Überzeugung der Bundesregierung erneut hervor, dass humanitäre Hilfe „unabhängig von politischen, ethnischen oder religiösen Erwägungen“ bedarfsorientiert geleistet werden muss (vgl. Kap. 3). Aus gutem Grund!

Erstaunlicherweise allerdings sieht die Bundesregierung dieses Prinzip auch dann für gültig an, wenn sie „im Rahmen von UN-Einsätzen Akteur in einem Konflikt ist“ (vgl. Kap 3). Dies ist aus unserer Sicht zunächst einmal ein Widerspruch. Dieser Widerspruch kann nur dann zumindest ansatzweise aufgelöst werden, wenn es eine ganz klare Rollenabgrenzung zwischen militärischen Akteuren (z.B. Bundeswehr im Rahmen eines ISAF/NATO/UN- Einsatzes) und den zivilen humanitären Helfern gibt, die für alle Beteiligten (vor allem für die Bevölkerung, um die es geht) auch erkennbar ist.

Daher werden wir nicht müde, an dieser Stelle wieder darauf hinzuweisen, dass humanitäre Hilfsorganisationen jegliche Einbindung oder Unterordnung der humanitären Hilfe unter politische oder sicherheitspolitische Agenden entschieden ablehnen müssen.

Wie der Bericht richtig herausstellt (vgl. Kap. 8.1 Afrika), ist die humanitäre Hilfe in Ländern mit komplexen Krisen oftmals „das einzige wirksame außenpolitische Handlungsfeld“. Wie wir im Sudan sehen, sind einzig die Hilfsorganisationen derzeit in der Lage, Menschenleben zu retten. Lediglich die im Konflikt neutralen und unabhängigen Hilfsorganisationen haben noch Zugang zum Konfliktgebiet und sind immer wieder gezwungen, diese Neutralität gegenüber allen Konfliktparteien zu demonstrieren.

Wir rufen daher Bundestag und Bundesregierung dazu auf, die humanitären Prinzipien auch weiterhin international zu verteidigen und sich für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts einzusetzen!

3. Die Bedeutung der Nichtregierungsorganisationen in der humanitären Hilfe

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Bundesregierung im Bericht die Nichtregierungsorganisationen „als die eigentlichen Akteure der humanitären Hilfe“ bezeichnet. Dies ist keine Selbstverständlichkeit. Viele aktuelle Reformansätze konzentrieren sich auf die Stärkung der Vereinten Nationen (z.B. zentralisierte Koordinierung durch OCHA über so genannte „Cluster“ und die Schaffung eines zentralen Nothilfefonds CERF oder „pooled funds“). Dabei wird die Tatsache ausgeblendet, dass UN-Organisationen in den wenigsten Fällen direkt selbst Hilfsmaßnahmen abwickeln, sondern auf die Struktur und Kompetenz der Nichtregierungsorganisationen angewiesen sind und diesen die Durchführung übertragen. Auch sind es vorrangig deutsche Nichtregierungsorganisationen, die durch ihre Projektarbeit vor Ort den deutschen Beitrag sichtbar machen können.

Grundsätzlich sehen auch die Hilfsorganisationen einen Bedarf an effizienten Koordinierungsmechanismen und an eine verbesserte Finanzierung von so genannten „vergessenen Krisen“. Für professionell arbeitende Nichtregierungsorganisationen ist die Koordination mit allen relevanten Akteuren vor Ort ein wichtiger Qualitätsstandard.

Die Reformbemühungen im Rahmen des humanitären Systems der Vereinten Nationen sollten der wichtigen Rolle der Nichtregierungsorganisationen - und wir sprechen dabei von nationalen wie internationalen Organisationen - in der humanitären Hilfe gerecht werden. Dies bedeutet im konkreten Fall:

1. Ein finanzieller Beitrag der Bundesregierung zum CERF darf nicht zu Lasten der vorhandenen Titel für Humanitäre Hilfe und Entwicklungsorientierte Nothilfe geleistet werden.
2. Die Nichtregierungsorganisationen sollten die Möglichkeit haben, direkt Mittel beim CERF zu beantragen. Dies ist zur Zeit nicht vorgesehen.

Zu begrüßen ist ebenfalls das Bekenntnis zu einer ausgewogenen Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen und internationalen Organisationen. Die Bundesregierung sollte daher ihre Position in den relevanten Geberforen nutzen, um sich aktiv für eine Beteiligung der Nichtregierungsorganisationen einzusetzen, die ihrer Rolle adäquat ist.

4. Erhöhung der verfügbaren Finanzmittel für die deutsche Humanitäre Hilfe

Wir begrüßen die Aussage des Berichts, dass die Bundesregierung sich vorgenommen hat, im Rahmen der Erhöhung der deutschen Entwicklungshilfeleistungen (ODA-Quote 0,7%) zu einer deutlichen Anhebung der Mittel der humanitären Hilfe zu gelangen. Dieses ist angesichts der Zunahme an Krisen und Katastrophen auch dringend erforderlich. Aus der Sicht der Nichtregierungsorganisationen muss dies jedoch eine reale Erhöhung sein. Dies bedeutet, dass die Anhebung der Quote nicht durch die Anrechnung von Leistungen erfolgen darf, die nicht den Kriterien der humanitären Hilfe entsprechen. Ausgaben im Rahmen von CIMIC Maßnahmen und sonstige Ausgaben im Rahmen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr gehören nach unserer Auffassung eindeutig nicht dazu!

5. Perspektiven der deutschen humanitären Hilfe

Wie der Bericht zu Recht feststellt, hat die Leistungsfähigkeit des internationalen humanitären Systems in den vergangenen Jahren zugenommen. Dies nicht zuletzt auch aufgrund der Tatsache, dass gerade viele deutsche Nichtregierungsorganisationen Leitlinien für eine professionelle Arbeit entwickelt haben, bzw. sich zur Einhaltung vorhandener internationaler Standards und Verhaltenskodizes (Sphere-Standards, Code of Conduct) verpflichtet haben. Hierzu gehört ebenso ein hohes Maß an Transparenz gegenüber den Empfängern, Spendern und Zuschussgebern. Im Rahmen ihrer Projektarbeit bezeugen die deutschen Nichtregierungsorganisationen unmittelbar die große Solidarität der deutschen Bevölkerung mit den von Krisen und Katastrophen betroffenen Menschen.

Damit das weltweite System der humanitären Hilfe unter den veränderten Rahmenbedingungen auch in Zukunft leistungsfähig bleibt, bedarf es sowohl der UN, der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften als auch der zivilen Hilfsorganisationen. Diese drei Säulen bilden gleichermaßen das Fundament der weltweiten humanitären Hilfe. Sowohl diese Pluralität der Akteure als auch eine Vielzahl unterschiedlicher Finanzierungsquellen sind Garant für eine unabhängige humanitäre Hilfe im Interesse der Betroffenen.